Mittwoch, 22. August 1923 • 52. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 40 000 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 392

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Die Ausnutzung der Notlage durch die Syndikalisten. Die neue passive Resistenz. — Die politische Bedeutung der Lohnfrage.

Von unserem Sonderkorrespondenten

Paul Scheffer.

Im Ruhrgebiet, 21. August.

Im Mai kam es zu einer Revolte im Ruhrgebiet, die die einen kommunistisch nannten, die anderen syndikalistisch, und im Rückblick meinen heute manche, sie sei anarchistisch gewesen. Wir verzichten vorerst auf diese Nuancen. Wenn die umsturz- und zerstörungsfreudigen Geister damals einen gewissen Erfolg hatten, so war es der Schrecken über plötzlich einsetzende Mängel, die Furcht vor dem drohenden Hunger, die ihnen Zehntausende von Frauen und Männern zutrieb. Es war eine Massenexplosion. Diese Explosionen werden immer eintreten, wenn die Angst vor physischer Vernichtung plötzlich die Menge faßt. Es werden dann, wie immer, sich Verführer finden, die der plötzlich aufsteigenden Verzweiflung zuschreien, daß sie hier helfen könnten. Seit drei Wochen besteht nun im Ruhrgebiet mit dieser dicht gedrängten Arbeiterbevölkerung ein Mangel, der dauernder und um sehr vieles schärfer ist als der des Mai. Trotzdem sind gewaltige, planmäßig durchgeführte Umsturzunternehmungen fast ganz unterblieben, obgleich drohende Zeichen, wie Galgenerrichtungen auf vielen Zechen, eine gefällige Mode der neuesten Bewegung, nicht ausbleiben und in einigen Fällen Direktoren größerer Werke mißhandelt worden sind. Vielleicht ist die Erinnerung an den Zusammenbruch der politischen Bewegung im Mai noch zu frisch. Nachträglich hat damals die Polizei auch zugegriffen und radikale Aktivisten in Menge verhaftet und abgeschoben. Dazu kommt, daß das Streiken kein sehr wirkungsvolles Mittel in der Hand der Bergarbeiter ist, denn sie befinden sich zum größten Teil in einem gleitenden Zustand zwischen Nichtstun und Arbeiten. Der Franzose soll keinen Koks und keine Kohlen mehr bekommen. Also wird seit vielen Wochen nur produziert, was für die Bedürfnisse der Bevölkerung und der öffentlichen Dienste notwendig ist. Im übrigen wurden nützliche, aber nicht unbedingt notwendige Arbeiten in den Gruben verrichtet, die jetzt bereits so wohl hergerichtet sind, nach Jahren rücksichtslosen Abbaues, daß sie mit stark erhöhter Leistungsfähigkeit in einer unbestimmten Zukunft in Betrieb genommen werden können. Aber wenn die Gärung nicht in Explosion sich äußert, wenigstens bis jetzt nicht, dann doch in einer gefährlichen Parodie des passiven Widerstandes gegen die Franzosen: Die radikalen Führer haben die Parole des „passiven Widerstandes" gegen die deutschen Arbeitgeber ausgegeben! Es wird eingefahren, aber nicht gearbeitet. Die Unzufriedenheit findet auf diesem Wege einen unpolitischen Ausdruck, der die Spannung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dauernd betont und verschärft. Daß dieser „passive Widerstand" schwere Unzuträglichkeiten für die Oeffentlichkeit mit sich bringt, ist natürlich. Die 500 000 Einwohner von Essen sind z. B. seit neun Tagen ohne Kochgas und ohne Straßenbeleuchtung und Heizung.

Dieser „passive Widerstand" bringt also etwas, was sich als eine Art stille Revolution bezeichnen ließe, eine intensive, aber nicht konzentriert gewaltsame Druckausübung. Wer führt sie? Die Bequemen sagen: die Kommunisten. Aber die Kommunisten der offiziellen Partei sind heute das, was man in der ganzen Welt als „vernünftig" bezeichnet. Sie verzichten auf den Trost, der in einer plötzlichen befreienden Empörung gegen das Elend liegt, aber nur das Elend vermehrt. Der ursprüngliche, starke franzosenfreundliche Flügel, der mit dem „bewaffneten Kapitalismus" Frankreichs zuerst den unbewaffneten Deutschlands vernichten und auf der Trümmerstätte das Moskau errichten wollte, ist seit dem Krupp-Prozeß definitiv erledigt. Vorüber sind die Zeiten, in denen die Franzosen einem Bochumer Kommunistenführer die Uebergabe der „Produktionsmittel" des Ruhrgebiets an das Proletariat vorschlagen zu können glaubten. Aber die Kommunisten sind heute nicht mehr: „ganz links". Die Syndikalisten, antiparlamentarisch, antizentralistisch, mit dem Programm, daß jedes Werk souverän seinen Arbeitern gehört, betrachten sich heute als die Alleinradikalen und stellen sich zum parlamentarischen, wenn auch noch so unparlamentarischen Kommunismus in einen noch schärferen Gegensatz, als er zum Beispiel zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten besteht. Bei ihnen ist die Quelle der neuen passiven Resistenz zu suchen, und sie fischen für sich die radikalen Neigungen, die immer in den Bergarbeitern leben. Sie dringen tief in die Anhängerschaft der Kommunistischen Partei ein, sie haben auch sonst Zulauf, sie bilden die Minorität, die die Majorität aufzuheben sucht, und sie bieten das Bild von Skrupellosigkeit, gefährlichen Instinkten und Neigungen zur Brutalität, das mit Sozialrevolutionen immer verbunden ist. Die Syndikalisten haben denn auch die ehemals linkskommunistische Franzosenfreundlichkeit übernommen. Wo die Franzosen Verbindung zur deutschen Arbeiterschaft haben, wo die „interalliierte" Ingenieurkommission menschliche Werkzeuge gewinnt, um Zechen zu erobern, arbeiten sie mit diesen Elementen oft zweifelhafter Vergangenheit. Es ist wenig Zweifel, daß für die Schicksalsfrage der Ruhrbehauptung, für die Bereitwilligkeit der Bergarbeiter, Kohle für die Franzosen zu fördern und die Koksbatterien in Gang zu halten, dieses syndikalistisch-anarchistische Element eine große Rolle spielt. Der anfängliche Beschluß der Zeche „Neumühl", für die Franzosen zu arbeiten, war das Resultat ihrer politischen Anschauungen nebst zugehörigem Terror. Nur richtete sich die „passive Resistenz" der Bergarbeiter gegen sie, nachdem jener Beschluß gefaßt war. Drei Tage später kam es dann zu einer vollbesetzten Belegschaftsversammlung, wo die beiden syndikalistischen Führer, die in Abhängigkeit von der Ingenieurkommission für eine endgültige Entscheidung plädierten, so unvorsichtig waren, ihren Antrag im Namen der Regierung der „Rheinischen Republik" (!) zu stellen. Es folgte ein Tumult, der diese Führer vertrieb. Aber der Hergang ist typisch: sowohl für den Terror, der die Front gegen Frankreich zu durchbrechen wünscht, wie für seine Mittel und die Ziele, die ihm vorgeschrieben werden.

Es ist wahr, daß die organisierte Arbeiterschaft aus ihrer Dämmerung der letzten Woche erwacht ist und gegen die Herrschaft einer fragwürdigen Minderheit sich zu wehren wünscht. Im Essener Bezirk zum Beispiel sind 76 000 Arbeiter sozialistisch organisiert, 63 000 christlich; die Kommunisten behaupten, mit Unrecht, sie hätten 18 000 Mann. Anderswo, im Oberhausener Bezirk (Hamborn), in Gelsenkirchen, Herne und Recklinghausen mag ihre Sache besser stehen, im ganzen hat die gemäßigte Richtung, die in der eng zusammenarbeitenden Arbeitsgemeinschaft der Christlichen, des alten Bergarbeiterverbandes und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zusammengeschlossen ist, buchmäßig die entschiedene Majorität. Dieses Verhältnis ändert sich wohl kaum dadurch, daß in der Muße der Gruben ein scharfer Druck der Zwangsorganisierung der bisher Unorganisierten eingesetzt hat. Mit sehr kräftigen Mitteln werden sie gezwungen, sich für die eine oder andere Organisation zu entscheiden. Aber es bleibt das Problem, ob die Gewerkschaftsleitungen angesichts einer Bevölkerung, die zwischen Knappheit und Hunger ununterbrochen hin und her gestoßen wird, noch die Macht besitzen, die sie bisher ausgeübt haben. Am meisten ist das noch bei den Christlichen der Fall. Aber die Infektion durch die syndikalistischen Treibereien finden überall Boden, und dazu kommt ihr direkter Terror besonders gegen die Führer des Alten Bergarbeiter-Verbandes. Wir überlassen es jedem, die Atmosphäre zu beurteilen, die unter solchen Umständen entsteht. Für die Franzosen will niemand arbeiten, aber das Interesse ist von der Frage des Widerstandes auf die Lebensmittel, auf die von den Franzosen mit allen Mitteln gesteigerte Geldnot angelenkt. Jeder ist davon überzeugt: die Franzosen hungern die Taschen aus, weil das weniger unschön aussieht als die Sperrung der Lebensmittel selbst. Aber das hindert nicht, daß der Hunger das wichtigste ist, und daß der Hunger — es ist das alte Erfahrung — nicht wählerisch ist, wenn er anklagt. Es ist bewundernswert, daß das große Ziel noch so scharf vor diesen geschwächten Augen steht.

Es ist bewundernswert. Denn wenn wir den Aufstieg der Schlechten im Unglück, welcher ein Gesetz zu sein scheint, den Terror, die Lahmheit der Abwehr durch die Arbeiter schon beklagen, so ist es noch beklagenswerter, daß diejenigen, die es in der Hand hätten, die Lage im Ruhrgebiet zu bessern, von den Ereignissen im Mai nichts gelernt haben. Sie machen

Prüfung der französischen Note in London.

Die ersten Presseurteile.

„Kein wesentlicher Fortschritt und keine Ermutigung — dennoch weitere Verhandlungen möglich."

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 22. August.

Die französische Antwortnote ist gestern abend um 8 Uhr im Auswärtigen Amt überreicht worden. Sie wird zunächst übersetzt werden, was nach dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph" möglicherweise einen Tag dauern wird. Danach wird sie unter den anwesenden und unter den in Urlaub befindlichen Ministern zirkulieren. Hiernach wird sich zeigen, ob die Abhaltung eines Kabinettsrats erforderlich ist. Baldwin wird heute von seinem Landsitz nach London zurückkehren. Er hatte ursprünglich beabsichtigt, am Sonnabend nach Aix-les-Bains zu fahren. Ob dies möglich sein wird, oder ob er seine Reise verschieben muß, wird nach dem „Times" davon abhängen, ob die Abhaltung eines Ministerrats notwendig ist. Nach der „Westminster Gazette" wird die Prüfung der Note eine Woche dauern, so daß erst einige Zeit vergehen dürfte, bevor das Kabinett zusammentreten kann. Die baldige Absendung einer Antwortnote an Deutschland kann nach diesem Blatte nicht in Betracht kommen. Lord Derby kehrt heute von seinem Urlaub nach London zurück.

Obwohl die Note noch nicht veröffentlicht wurde, so machen doch sämtliche Blätter mehr oder weniger übereinstimmende Angaben über ihren Inhalt. Hierbei bestätigen die Morgenblätter im großen und ganzen die gestrigen Angaben des „Evening Standard", nach denen das französische Dokument aus der Antwortnote und einem Begleitbrief besteht. Im letzteren gibt Poincaré eine historische Uebersicht über die Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland und vor allem zwischen Frankreich und Deutschland seit Kriegsende. Er ruft Lloyd George als Kronzeugen dafür an, daß die Besetzung des Ruhrgebiets dem Vertrage von Versailles entspreche. Im übrigen stellt Poincaré, wenn man die Angaben der Blätter zusammenfaßt, folgende Forderungen auf:

1. Festsetzung der deutschen Reparationsschuld auf 50 Milliarden Goldmark zuzüglich der von Frankreich an die Vereinigten Staaten geschuldeten Beträge. Die „Daily Mail" setzt die Gesamtsumme auf 52 Milliarden Goldmark an unter Festhaltung an der französischen Forderung von 26 Milliarden Goldmark.

2. Ablehnung der internationalen Sachverständigenkonferenz. Nach der „Westminster Gazette" könnten einige Mitglieder der Reparationskommission eine Sachverständigenuntersuchung über die deutsche Zahlungsfähigkeit anstellen.

3. Anerkennung, daß Deutschland augenblicklich nicht zahlungsfähig sei und deshalb ein kurzes Moratorium erhalten müsse, für das aber „produktive" Pfänder gestellt werden müssen. Nach dem „Daily Chronicle" sei das Ruhrgebiet eines dieser Pfänder; aber es müßten noch andere gefunden werden.

4. Keine Räumung der Ruhr, aber Rückkehr zur unsichtbaren Besetzung, falls der passive Widerstand aufhöre. Nach der „Daily Mail" könnte die Dauer der Besetzung beträchtlich verkürzt werden, wenn die Reparationen durch Anleihen oder durch wirksame finanzielle Garantien sichergestellt würden. Nach der „Westminster Gazette" würden die Eisenbahnen und Fabriken an Deutschland zurückgegeben werden, aber unter Aufrechterhaltung einer Kontrolle für Reparationszwecke. Eine Nachprüfung des schiedsgerichtlichen Urteils würde nach dem gleichen Blatt in Erwägung gezogen werden.

5. Ablehnung der Ungesetzlichkeit der Ruhrbesetzung.

Interessant ist die Stellungnahme der hiesigen Blätter zu den Erklärungen Poincarés. Wie üblicht, halten die „Times" mit ihrem Urteil zurück und betonten nur, daß ihr Pariser Korrespondent hoffnungsvoll sei und von einer „konstruktiven Politik" Poincarés spreche. Das Blatt schreibt, jedermann werde beklagen, daß Poincaré seine starre Haltung in Bezug auf die Ruhr- und Reparationsfrage nicht ändern wolle. Was man brauche, sei eine allgemeine Regelung, nicht ein Triumph in einer Debatte. Die französische Antwort werde auf das sorgfältigste geprüft werden, um einen Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu finden. Aber es müsse ein wirklicher Ausweg sein, denn die Erfahrungen der letzten Jahre hätten das größte Mißtrauen gegen jede halbe Lösung erweckt. Wenig zuversichtlich ist das Urteil des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph". Der erste Eindruck der französischen Note sei, daß sie keinen wesentlichen Fortschritt bedeute, daß nichts Neues in ihr enthalten sei, und daß sie sich durch keine konstruktive Gedanken auszeichne. Der Korrespondent erwähnt, daß Poincaré eine Art moralischer Unterscheidung zwischen Kriegsschulden und Reparationen mache. Frankreich werde die ersteren nicht bezahlen, bevor es nicht die Reparationen erhalten habe. Man müsse abwarten, ob Belgien die Annäherung zwischen Frankreich und England erleichtern werde. Nach dem „Daily Chronicle" wird die belgische Note heute oder morgen hier eintreffen. Diese Note werde kurz sein und nicht alle von Poincaré aufgeworfenen Fragen berühren. Dagegen werde sie Nachdruck auf die belgische Priorität legen. Belgien sei der Ansicht, daß die Verhandlungen mit Aussicht auf eine Regelung fortgesetzt werden könnten, nachdem England seine finanziellen Ansprüche genau umrissen habe. Nach der „Daily News" ermutigen die Angaben gut unterrichteter Kreise nicht zu der Ansicht, daß Poincaré sich irgendwie dem englischen Standpunkt nähere. Immerhin sei es möglich, daß die Antwortnote die Verhandlungstür etwas weiter öffne. Die „Westminster Gazette" bestätigt, daß der Ton der französischen Note „durchaus befriedigend" sei. Im übrigen aber sei zu befürchten, daß Poincaré seine finanziellen Ansprüche aufrechterhalte. Der „Daily Expreß" findet zwar, daß Poincaré anscheinend sehr wenig von seinem bisherigen Standpunkt abgehe, aber der Ton seiner Note zeige, daß er bemüht sei, eine Verhandlungsbasis zu finden. Die Antwort bereite den Weg zu weiteren Verhandlungen vor. Man habe gehofft, daß Poincaré konkrete Gedanken entwickeln werde. Das sei nicht der Fall, aber er habe doch eine Reihe wertvoller Anregungen gegeben.

Wie nicht anders zu erwarten war, findet die Note die volle Billigung der „Daily Mail". Sie sei eine ernst gemeinte Einladung an die englische Regierung und gebe dieser eine günstige Gelegenheit, die Verhandlungen weiterzuführen. Nicht ganz so restlos ist das Einverständnis der „Morning Post". Wenn Herr Poincaré an seiner Politik festhalte, so stünden die Alliierten noch nicht vor der Einigung. Ja, bis dahin sei noch ein langer und mühseliger Weg. Aber das englische Volk müsse den Tatsachen offen ins Gesicht sehen und dadurch erkennen, daß sich Poincaré, der augenblicklich auf dem Höhepunkt seiner Macht stehe, in einer starken Position befinde. Das ganze (?) französische Volk stehe in der Frage der Ruhrbesetzung hinter ihm, so daß weder Lord Curzon noch Stresemann ihn von der Ruhr fortbringen würden, denn er habe die Macht, dort zu bleiben. Deshalb müsse Englands Widerstand gegen die Besetzung der Ruhr noch passiver sein, als der Deutschlands (!). Poincaré habe aber auch den Versailler Vertrag (?) und Lloyd Georges Reden hinter sich. Es gebe deshalb für England nichts anderes, als sich mit Frankreich zu einigen. Es brauche nicht zu verzweifeln, denn **auch Poincaré habe seine Schwierigkeiten.** Außerdem verlange das französische Volk nach der Mitarbeit Englands. England müsse deshalb mit Frankreich zusammen Sanktionen gegen Deutschland finden. Deutschland könne nicht zahlen, bevor die Mark stabil sei; die Mark aber werde nicht stabil, wenn der passive Widerstand nicht aufhöre (!). Der passive Widerstand aber höre in dem Augenblick auf, in dem England sich mit Frankreich einige. Das Blatt kommt deshalb zu dem Schluß, daß nicht mehr von einer separaten Aktion Englands gesprochen werden dürfe.

Faßt man die Urteile der Blätter zusammen, so zeigt sich bei aller Zurückhaltung und bei Vermeidung jeder scharfen Kritik eine gewisse Enttäuschung über das geringe Entgegenkommen, das Poincaré bewiesen hat. Trotzdem hofft man, daß die Verhandlungen weiter gehen können.

(Siehe auch Seite 2.)